

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13893. — **Verlag in Leipzig:**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelszeile oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelszeile 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

v. Kahr's neue Winkelzüge.

München, 17. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Bayerische Kurier, das dem Ministerpräsidenten sehr nahe stehende Organ der Bayerischen Volkspartei, schreibt: „Es ist klar, daß das Einwohnerwehrproblem durch Gedankenaustausch zwischen München und Berlin nicht reiflos gelöst ist. Es gibt Dinge, die sich auch bei Aufrichtigkeit aller Verhandlungen nicht völlig durch Noten lösen lassen. Die Schwierigkeiten werden sich erst in dem Augenblick zeigen, wo die Reichsregierung tatsächlich an die Entwaffnung der Einwohnerwehr in Bayern herantritt. Auch wenn die bayerische Regierung sich in völliger Übereinstimmung mit der Reichsregierung über die Notwendigkeit der Entwaffnung der Einwohnerwehr besänne, käme sie als Organ der Durchführung niemals in Betracht. Die Entwaffnung ist Reichssache. Sie wird durch ein Reichsgesetz bestimmt und als oberstes Vollzugsorgan ist ein Reichsentwaffnungskommissar bestimmt. Dem Reichsentwaffnungskommissar kann eine Landesregierung niemals als Vollzugsorgan unterstellt werden. Etwas anderes ist es, wenn die bayerischen Verwaltungsbehörden vom Reichskommissar bezw. von seinem bayerischen Vertreter zur Bekanntmachung des zu erlassenden neuen Reichsentwaffnungsgesetzes herangezogen werden und wenn diese Verwaltungsbehörden die Bevölkerung zum Vollzug des Reichsgesetzes aufzufordern. Die Aufnahme solcher Anordnungen im Volke wird wesentlich davon abhängen, wie sich die gesamte außenpolitische Lage bis dahin — Ende März — gestaltet haben wird. Der im Paris schlesische Termin für die Entwaffnungsfrage wird fast dann überhaupt spruchlos werden, wenn sich das Ergebnis der Danziger Konferenz klar übersehen läßt. Das Resultat dieser Konferenz wird für die Reichsregierung ausschlaggebend sein müssen für die Richtung ihrer nächsten Politik, auch ihrer bayerischen Einwohnerwehrpolitik.“

Nach diesen Auslassungen, die wohl ohne weiteres als die Auffassung der bayerischen Regierung betrachtet werden können, wird Herr v. Kahr die Entscheidung darüber, wie er sich zur Entwaffnung verhalten wird, von dem Resultat der Londoner Konferenz abhängig machen und von der gesamten außenpolitischen Lage am Ende des Monat März, d. h. er verzögert auch jetzt noch ein unumwundenes Bekenntnis, daß die bayerische Regierung die Entwaffnungspolitik, die selbst anzuordnen sie sich entschieden weigert, loyal zu unterstützen. Er verstärkt die Stimmung in der Bevölkerung, die zur Verzögerung der Entwaffnung neigt, indem er die Möglichkeit an die Wand malt, daß ein Bruch mit der Entente eintreten könnte, der den Bayern erlauben würde, ihre Waffen zu behalten. Er steht also nicht an, die Situation der deutschen Unterhändler in London von vornherein zu verschlechtern. Er spielt ein schändliches Doppelpiel auf Kosten des deutschen Volkes, ein gefährliches Spiel, das den offenen Konflikt mit der Entente mit all seinen verheerenden Folgen in die gefährlichste Nähe rückt. Diese Aeußerung des Kahr-Blattes ist ein neuer Beleg, daß das weiße Bayern sich zu einer immer drohenden Gefahr für das Reich auswächst.

Nach einer Meldung der Dena hat der Vizepräsident der bayerischen Kammer am Mittwoch beschlossen, daß die Interpellationen der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Rechtssozialisten über die Haltung der Regierung heute beantwortet werden sollen. Herr v. Kahr wird sich daher noch etwas deutlicher aussprechen müssen, als es im Bayerischen Kurier geschehen ist. Und die Sozialisten werden ihn nicht im Zweifel lassen, daß die Arbeiterklasse zum äußersten Widerstand gegen jeden Regierungsakt entschlossen ist, der die Möglichkeit ernsthafter Unterhandlungen über die Wiedergutmachungsleistungen in London verschütten oder erschweren kann.

Der Protest der Arbeiterklasse.

Am Dienstagabend hielt die U.S.P. Münchens eine öffentliche Protestversammlung gegen die Katastrophopolitik der Regierung Kahr ab. Genosse Reumann-Milnerberg führte u. a. aus: Die nordbayerische Arbeiterklasse, Gewerkschaften, Unabhängige Sozialdemokratie und Rechtssozialisten haben erklärt: Geht das Reich des Münchener Tollhauses so weiter, dann bricht Bayern an der Donau auseinander. Wir sind nicht begeistert von der Weimarer Verfassung, aber wir wollen verhindern, daß sie noch schlimmer wird und deshalb stehen wir zur Verfassung. Wir stehen fest zu dem Reich, und wer uns daran hindert, dem treten wir so entgegen wie am 13. März 1920. Auch die Demokraten in Nordbayern machen die Münchener Katastrophopolitik nicht mit. Die südbayerische Arbeiterklasse muß die nordbayerische Arbeiterklasse unterstützen. Rufen Sie der Regierung Kahr entgegen: Bis hierher und nicht weiter! Wenn das Münchener Tollhaus so weiter wirtschaftet, dann ist der Tag nicht mehr fern da wir in Nordbayern unsere südbayerischen Brüder zur Solidarität aufrufen werden.

In einer einstimmig angenommenen Entscheidung forderte die Versammlung dann von der bayerischen Regierung, daß sie widerstandslos den Entwaffnungsforderungen Rechnung leistet und unverzüglich an die Entwaffnung der Einwohnerwehren geht.

Auch das Münchener Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seiner gestrigen Vollversammlung eingehend mit der Entwaffnungsfrage.

Es wurde einstimmig eine Entscheidung angenommen, in der es heißt: „Die Vertreter der Münchener Arbeiter begrüßen auf das lebhafteste die Bewegung ihrer nordbayerischen Klassengenossen, sich auf keinen Fall vom Rhein zu trennen. Ferner wird das Vorgehen der sozialistischen Parteien im Landtage begrüßt und von diesen mit Bestimmtheit erwartet, daß sie an ihrem Standpunkt festhalten, die Regierung Kahr zu zwingen, von ihrer verbrecherischen Politik im Interesse des Reiches abzusehen. Die Arbeiter Münchens sehen den kommenden Auseinandersetzungen mit Ruhe entgegen. Sie sind bereit, alle Winkelzüge der Reaktion mit allen Mitteln zu bekämpfen und, wenn notwendig, ihre Kräfte in Massen anzuwenden.“

Auch die Rechtssozialisten Münchens haben eine große Protestversammlung gegen Kahr abgehalten.

Das Uebersehichtenabkommen gekündigt.

Essen, 16. Februar. In einer Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände wurde heute beschlossen, das Uebersehichtenabkommen für den Bergbau zu kündigen, so daß vom 13. März an keine Uebersehichten mehr verfahren werden vorbehaltlich weiterer Verhandlungen.

Berlin, 17. Februar. Unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlisch sind beim Vorstands Oberbergamt Verhandlungen mit den Bergarbeiterverbänden in der Frage der Neuregelung der Lebensmittelsonderzulagen für die Bergarbeiter geführt worden, die aber kein Ergebnis gezeitigt haben.

Drohender Staatsbeamtenstreik in Oesterreich.

Berlin, 17. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Wien wird vom 16. Februar gemeldet: Die österreichische Staatsbeamtenchaft hat in den letzten Tagen an die Regierung die Forderung auf Verdoppelung ihrer Bezüge gestellt mit der Begründung, die Lebensmittelpreise seien derartig im Preis gestiegen, daß die Beamten von ihren Gehältern nicht mehr leben könnten. Die Regierung lehnte diese Forderung ab und schlug vor, den Beamten ohne Unterschied des Ranges 1000 Kronen monatlich mehr zu geben. Dieser Vorschlag wurde wiederum von den Beamten abgelehnt und in einer heute tagenden Versammlung beschlossen, die Forderung auf Verdoppelung der Gehälter ausrecht zu erhalten und bis zur Durchführung dieser Maßnahme die sofortige Auszahlung eines Betrages von 5000 Kronen zu verlangen. Sollte die Regierung dieser Forderung nicht nachkommen, so treten die Staatsbediensteten in den Streik. Die Regierung erklärte die Forderung der Staatsbeamten für unannehmbar, da ihre Bewilligung das Defizit des Staatshaushaltes um jährlich etwa 16 Milliarden Kronen erhöhen würde.

Die Danzig-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 17. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Danzig wird vom 16. Februar gemeldet: Der Beginn der Danzig-polnischen Verhandlungen zum Abschluß der verschiedenen Verträge, die das weitere Verhältnis dieser beiden Staaten zueinander regeln sollen, ist nun endgültig auf den kommenden Sonnabend festgesetzt worden. Alle Parteien haben sich auf die Bildung von insgesamt 13 Kommissionen geeinigt, von welchen 4 in Danzig, die übrigen in Warschau tagen sollen. Es sind vorgesehen: 4 Kommissionen für politische Angelegenheiten, 4 Kommissionen für wirtschaftliche Fragen und 5 Ausschüsse für Verkehrsangelegenheiten. Die freie Stadt Danzig entsendet eine Anzahl Senatoren nach Warschau, während von dort mehrere Regierungsvertreter auf der Reise nach Danzig begriffen sind. Auf Wunsch des Danziger Senats beschloß das Danziger Parlament, sich nach der morgigen Vollziehung auf 14 Tage zu verlagern, um den Senat während der Danzig-polnischen Verhandlungen nicht in Anspruch zu nehmen.

Brotpreiserhöhung in Italien — keine Besitzbesteuerung.

Berlin, 17. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Rom wird vom 16. Februar gemeldet: Wie die Sozialisten in der gestrigen Kammer Sitzung erklärten, stellen sie die Obstruktion gegen die Vorlage der Brotpreiserhöhung ein, nachdem Giolitti gewisse Änderungen an den Ausführendbestimmungen des Gesetzes zugesichert hatte. Die sozialistischen Änderungsanträge wurden zurückgezogen. Giolitti machte hierauf die grundsätzliche Annahme des Brotpreisaufschlages zur Vertrauensfrage. Die Forderung des Sozialisten Crispi, die Erhöhung des Brotpreises abzulehnen und dagegen für Verbesserung der Finanzlage die Beschlagnahme der Kriegsgewinne und eine starke Luxussteuer zu verlangen, wurde nach langer Debatte mit 207 gegen 66 Stimmen verworfen. Dadurch wurde das Gesetz über den Brotpreisaufschlag grundsätzlich angenommen und das Haus ging zur Behandlung der einzelnen Artikel über.

Die Wahlen in Preußen.

Von Paul Hennig.

Am nächsten Sonntag, 20. Februar, werden in Preußen den Landtag, die Provinziallandtage und die Kreistage gewählt. Das bedeutet für Preußen die Neuzusammensetzung der gesetzgebenden und der Verwaltungskörperschaften, bei denen das Volk beteiligt ist. Nur die Stadtverordneten und Gemeindevorsteher sollen erst später nach einem vom Landtage neu zu schaffenden Gesetze gewählt werden.

Aber die Bedeutung des preußischen „Großwahltages“ ragt weit über das eigene Interesse der preußischen Sonderrepublik hinaus, denn erstens gehen hier zwei Drittel des gesamten deutschen Volkes zur Wahlurne, um ihr politisches Urteil abzugeben, zweitens aber sind die Preußenwahlen der wichtigste, gegenwärtig entscheidende Schritt für die weitere Reichspolitik. So wie das preußische Volk wählt, so wird in nächster Zeit das deutsche Volk regiert werden! Und aller Voraussicht nach wird die preußische Regierungskoalition nach den Wahlen eine Neugestaltung erfahren — und zwar nach rechts.

Am Preußen haben sich die Kräfte zusammengelagert, die den Rückschritt vertreten. In Preußen will und soll die Reaktion triumphieren, diesmal nicht plump mit Waffengewalt und verächtlichem Verfassungsbruch, nein „legal“, durch „Wahlwahl“. Wenigstens soll die neue Diktatur des „Ordnungsstaates“ so beginnen. Daß es gerade Preußen sein muß, in dem die Frage Republik oder Monarchie zur entscheidenden Verantwortung für das deutsche Volk gestellt wird, ist kein Zufall, sondern beruht auf der alten Vormachtstellung Preußens, die wiederum in den preußischen feudalen Agrarverhältnissen wurzelt, an denen sich nichts geändert hat. „Bayern“ ist nur ein Vorspiel, das einmal zu Ende ginge, wenn in Preußen die Reaktion aufs Haupt geschlagen und die bürgerlich-demokratische Republik ein für allemal besiegelt würde. Aber wenn in Preußen jetzt die Reaktionskräfte durch die Wahl eine Stärkung erfahren, daß sie Schritt für Schritt die Wiederkehr des Obrigkeitensystems diktiert können, so wird nicht nur in Bayern die Diktatur der Wahlfürher der alten Gewalten gestärkt, sondern auch das Reich denselben Kräften ausgeliefert.

Daß in Preußen die Wahlausichten der Reaktionsparteien gute sind, ist nicht zu leugnen. Die Deutschnationalen und die sogenannte Deutsche Volkspartei haben alle Elemente in ihren Reihen aufgefangen, die von der politischen Veränderung der Dinge benachteiligt sind. Diese Schichten sind zahlreich genug. Aber die Reaktionsparteien sind jetzt auch das Sammelbecken für viele Kreise von „Unzufriedenen“ geworden, die nicht unterscheiden können, daß ihre Not und ihr Elend lediglich die Kriegsfolgen, nicht die Revolutionsfolgen sind. So werden Hunderttausende „deutschnational“ wählen, ohne deutschnational zu sein, ähnlich wie früher Tausende Unzufriedene sozialdemokratisch wählen, ohne sozialdemokratisch zu denken oder gar konsequente sozialistische Kämpfer zu sein. Die aufgeschwemmten Reaktionsparteien haben durch diesen Zulauf die Gürtung in die Weiber bekommen, der die Führer nicht gewachsen sind. Aber über allem immerhin Brodeln sind sie doch einig in dem Ziel, das der deutschnationale Führer Hergt auf dem Parteitag in Hannover in die Worte formte:

„Unser Ziel ist der Ordnungsstaat und zwar in Preußen. Preußen wird unser Endziel sein, von Preußen aus wollen wir das Reich erobern. Wenden Sie nach Bayern. Dort haben wir den Ordnungsstaat. Wir wissen, daß die Zustände nicht anders werden, solange nicht die Monarchie wieder eingeführt ist. Hoffentlich dauert es nicht mehr lange.“

Ordnungsstaat, Monarchie, Bayern, Preußen, Reich. Das ist die Skala. Vor allem aber Schluß mit der „sozialdemokratischen Schandregierung in Preußen!“ Daß dieser lehrtere Ruf heute ein so hallendes Echo findet, ist zum großen Teil Schuld der Rechtssozialisten. Sie haben in der Regierung in Preußen nicht zur rechten Zeit zu sterben gewußt, deshalb sind sie nun in die Defensive gedrängt und werden von der sich radikal (im Sinne der Wiederkehr einer „besseren Ordnung“) gebärenden Opposition überrannt und hinweggefegt werden.

Bis zu den letzten Reichstagswahlen hatte das Reich und Preußen dieselbe Regierungskoalition: Rechtssozialisten, Demokraten, Zentrum. Diese Parteien tragen die Verantwortung für die „Neuschöpfung“ der politischen Zustände nach der Reichstagswahl vom 9. November 1918 im Reich und in Preußen. Doch, als nach den Reichstagswahlen 1920 die Rechtssozialisten aus ihren agitatorischen und reinen Opportunitätsgründen die bisher so „grundständig“ verteidigte (und der U.S.P. empfohlene!) „Mitverantwortung“ an der Reichspolitik ablehnten und sich mit höher „wohlwollender Unterstützung“ begnügten, klammerten sie sich in Preußen um so fester und zäher an die Vereinigung mit Demokraten und Zentrum, um in Preußen die — „demokratische“ und so reaktionär ausgestaltete Verfassung zu wahren und